

(15.12.11.2016 –11.01.2017)

# Grüner Pressespiegel

*Rathausfraktion*

## **11.01.2017 – Liniennetzreform - Bürgerversammlung muss stattfinden**

„Die Bürgerversammlung ist eine Frage des Respekts gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die in den vergangenen zwei Jahren erheblich an der Liniennetzreform mitgewirkt haben. Sie haben es verdient, über die aktuelle Fassung informiert zu werden und zwar jenseits der Frage, ob die Vorlage schon in die politischen Gremien eingebracht wurde oder nicht“, stellt Eva Koch, verkehrspolitische Sprecherin und Oberbürgermeister-Kandidatin, für die Kasseler Grünen fest. „Deshalb muss die Bürgerversammlung zur Liniennetzreform stattfinden.“

„Mein Verständnis von Verantwortung als OB-Kandidatin ist es, eine Mehrheit für die Liniennetzreform über die inhaltliche Auseinandersetzung zu suchen, gerade in Zeiten offener Mehrheitsverhältnisse. Die Liniennetzreform bringt viele gute Gründe mit, dafür zu stimmen. Jetzt müssen sich die Fraktionen und vor allem auch die anderen Oberbürgermeister-Kandidaten dazu bekennen, wie sie sich eine Reform vorstellen beziehungsweise wie sie die KVG stärken wollen.“

Die Liniennetzreform der KVG wurde in mehreren Runden öffentlich diskutiert und ist im Verfahren erheblich durch die Bürgerbeteiligung verbessert worden. Die Kasseler Linien werden in der aktuellen Fassung voraussichtlich für 300.000 zusätzliche Fahrgäste attraktiv und auch die finanzielle Entlastung der KVG sei größtenteils das Ergebnis von zu erwartenden Mehreinnahmen. „Wir Grünen hatten vor der Kommunalwahl gesagt, dass wir einer Reform nur zustimmen werden, wenn das neue Netz eine Verbesserung für die Menschen ist. Das ist es. Sollten sich mit Anlaufen der neuen Kasseler Linien zeigen, dass Nachholbedarf besteht, stehen wir für eine Evaluation gerne bereit“, so Koch abschließend.

*Nicole Maisch, MdB*

## **10.01.2017 - Konzernatlas: Zeit zu Handeln**

Zu dem heute erschienen „Konzernatlas 2017“ (von Heinrich-Böll-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung, BUND, Oxfam Deutschland, Germanwatch und Le Monde diplomatique) erklären Nicole Maisch, Sprecherin für Verbraucher- und Tierschutzpolitik, und Friedrich Ostendorff, Sprecher für Agrarpolitik:

Der Konzernatlas macht deutlich: Die Konzentration in der Agrar- und Ernährungsindustrie nimmt immer

mehr zu, die gesamte Lebensmittelkette wird häufig von einigen wenigen Konzernen bestimmt. Das Prinzip „Wachsen oder Weichen“ gilt bei der Schlachtung und Fleischverarbeitung genauso wie im Lebensmitteleinzelhandel. Dabei bräuchte es dringend Veränderungen. Wir fordern eine Landwirtschaft, die weltweit Bäuerinnen und Bauern ein gutes Auskommen sichert und die uns alle ernähren kann. Doch statt zu handeln, steht die Bundesregierung am Rand, schaut zu, wie Kleinbetriebe sich nicht mehr halten können und klatscht allen Fusionen Beifall. Dabei stellt gerade in diesen Bereichen die Marktmacht der Unternehmen für Verbraucherinnen und Verbraucher eine besondere Gefahr dar. Zu groß ist die Möglichkeit, dass schlecht kontrollierte Mega-Konzerne mit ihrer wirtschaftlichen Macht ihren politischen Einfluss steigern und die Zukunft unseres Essens bestimmen – was wir auf den Tisch bekommen und wie es produziert wird. Der Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz gerät so immer mehr unter Druck. TTIP und CETA könnten die Missstände sogar noch weiter zementieren

Hinweis: Am 21.01.2017 findet unsere Konferenz „Mächtig gut? Essen braucht Vielfalt statt Konzernmacht“ anlässlich der Internationalen Grünen Woche statt. <https://www.gruene-bundestag.de/termin/maechtig-gut-unser-essen-in-der-hand-von-konzernen.html>

*Rathausfraktion*

## **10.01.2017 - Diskussion über Videoüberwachung sachlich führen**

„Videoüberwachung im öffentlichen Raum ist ein Eingriff in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger. Sie ist daher nach geltendem Recht nur zur Überwachung von Unfall- oder Kriminalitätsschwerpunkten zulässig und nicht flächendeckend. Dieses kleine Einmaleins des Datenschutzes ignoriert Herr Kalb von der CDU, wenn er wieder einmal die flächendeckende Videoüberwachung fordert“, meint der Sprecher für Recht und Sicherheit der grünen Rathausfraktion, Dr. Andreas Jürgens.

Rot-Grün habe sich auch keinem „Beschluss für mehr Sicherheit“ widersetzt. „Wir haben dem flächendeckenden, wahllosen Anbringen von Kameras widersprochen, nicht einem Mehr an Sicherheit. Wenn Herrn Kalb wirklich an einer Verbesserung der Sicherheit gelegen ist, sollte er die Diskussion sachlich führen. Plattes Wahlkampfgetöse verbessert die Sicherheit jedenfalls nicht“, so Jürgens. „Es scheint

dem CDU-Kandidaten entgangen zu sein, dass die schwarz-grüne Landesregierung im letzten Jahr ein Sicherheitspaket mit 1000 zusätzlichen Polizist\*innen und 100 zusätzlichen Wachpolizist\*innen beschlossen hat. Denn damit schafft man tatsächlich ein Mehr an Sicherheit.“

*Nicole Maisch, MdB*

**09.01.2017 - Für Bauernhöfe und gesundes Essen: „Wir haben es satt!“-Demonstration in Berlin  
Zehntausende zur Großdemonstration am 21.01.17 in Berlin erwartet**

Am 21. Januar werden erneut Zehntausende auf der „Wir haben Agrarindustrie satt!“-Demonstration in Berlin für die Agrar- und Ernährungswende auf die Straße gehen. Aufgerufen von einem breiten Bündnis aus mehr als 45 Organisationen fordern die Demonstranten zum siebten Mal Bauernhöfe statt Agrarindustrie, gesundes Essen für alle und Demokratie statt Konzernmacht. Aus Kassel bietet die grüne Bundestagsabgeordnete Nicole Maisch in diesem Jahr wieder eine gemeinsame Anreise mit einem angemieteten Reisebus an.

Die Demonstration, die alljährlich zum Auftakt der Internationalen Grünen Woche stattfindet, steht unter dem Motto „Agrarkonzerne: Finger weg von unserem Essen!“. Bestimmendes Thema ist das Höfesterben, das unverändert dramatische Dimensionen hat. In den letzten zehn Jahren mussten mehr als 40.000 Milchviehbetriebe und 64.000 Schweine haltende Höfe aufgeben – eine Trendumkehr ist nicht abzusehen. Im Fokus der Proteste steht auch die geplante Übernahme von Monsanto durch Bayer. Bei einer erfolgreichen Fusion würde der künftige Megakonzern auf einen Schlag zum globalen Marktführer im Bereich Pestizide und Saatgut. Die Demonstranten befürchten, dass Bayer-Monsanto durch seine Monopolstellung fast im Alleingang entscheiden könnte, was Bauern pflanzen und Verbraucher essen.

„Wir haben Tierfabriken, Gentechnik und Patente satt! Deswegen fahren wir gemeinsam zur Demonstration nach Berlin“, sagt Nicole Maisch, grüne Bundestagsabgeordnete aus Kassel. „Im Wahljahr fordern wir: Die nächste Bundesregierung muss die Agrarwende endlich konsequent umsetzen!“

Für die gemeinsame Anreise können noch Plätze im Wahlkreisbüro reserviert werden. Der reguläre Preis beträgt 25,00 Euro für Hin- und Rückfahrt. Der Bus fährt um 06.30 Uhr von Kassel und ist voraussichtlich um 23.00 Uhr wieder zurück in Kassel. Tickets können im Wahlkreisbüro unter 0561/1 88 99 oder unter [Nicole.Maisch@wk.bundestag.de](mailto:Nicole.Maisch@wk.bundestag.de) reserviert werden.

Hintergrund:

Seit 2011 kommen jedes Jahr im Januar zehntausende Menschen – Bäuerinnen und Bauern, Lebensmittelhandwerker und kritische Konsumenten –

bei eisigen Temperaturen in Berlin zusammen, um für eine bäuerlich-ökologischere Landwirtschaft zu demonstrieren. Angeführt wird der Demonstrationzug von Bauerinnen und Bauern, die mit ihren Traktoren aus dem gesamten Bundesgebiet anreisen. Die Demonstration wird getragen von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis, zu ihm gehören der BUND, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Brot für die Welt, Campact, Misereor, der Deutsche Tierschutzbund und viele mehr. Weitere Informationen: [www.wir-haben-es-satt.de](http://www.wir-haben-es-satt.de)

*Karin Müller, MdL*

**09.01.2017 - Flughafen Kassel-Calden: Chancen für Caldén als Regionalflughafen hängen nicht an Personen**

„Die Geschäftsführer kommen und gehen, die Probleme des Flughafens Kassel-Calden bleiben bestehen“, kommentieren die GRÜNEN im Landtag die Ankündigung der Kassel Airport GmbH, dass Geschäftsführer Ralf Schustereder zum 1. April diese Aufgabe abgibt. „Ob es gelingt, dauerhaft einen touristischen Flugverkehr zu etablieren, hängt weniger vom Geschick der Geschäftsführung ab als von der Lage auf dem Reisemarkt und der Nachfrage in Nordhessen“, erklärt Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Wenn der Flughafen die durch die Kooperation mit dem Reiseveranstalter Schauinsland entstandene Perspektive für die Entwicklung des Flughafens nicht nutzen kann, muss die bisherige Ausrichtung von Kassel-Calden endgültig als gescheitert gelten. Dann ist die Rückstufung zum Verkehrslandeplatz die unmittelbare Konsequenz.“

Die Landesregierung hatte zur Vereinbarung mit der Schauinsland-Tochter Sundair erklärt, diese sei die letzte Chance für einen Betrieb des Flughafens Kassel-Calden als Regionalflughafen. „Wenn es gut läuft, kann die Kooperation einen Beitrag zur Schadensbegrenzung leisten“, bekräftigt Müller. „Sollte auch dieser Versuch scheitern, ist ein Ende mit Schrecken besser als ein Schrecken ohne Ende. Darauf haben sich CDU und GRÜNE verständigt, um die Belastungen für die Steuerzahler zu begrenzen. Wir haben zudem bereits im Koalitionsvertrag vereinbart, dass die Zuschüsse aus dem Landeshaushalt zum Betrieb des Flughafens kontinuierlich um 10 Prozent pro Jahr sinken müssen. Wir GRÜNE haben den Bedarf für einen Regionalflughafen in Nordhessen immer skeptisch und den Flughafen als Fehlinvestition gesehen.“

*Kreisverband*

**18.12.2016 - Politik ist das Finden von Lösungen**

„Die Verhandlungen haben gezeigt, dass Lösungen zum Wohl der Stadt Kassel möglich sind,“ sagen die

grünen Vorsitzenden Vanessa Gronemann und Boris Mijatovic zur politischen Zusammenarbeit im gemeinsamen Haushalt von SPD, FDP und Grünen. „Politische Inhalte sind von allen Partnern im Haushalt 2017 enthalten. Ebenso wie schon im kommunalen Investitionsprogramm, das im Mai gemeinsam verschiedert wurde. Für diese Beschlüsse haben alle Beteiligten konstruktiv und gut zusammengearbeitet, ihre Inhalte aus dem Wahlprogrammen eingebracht. Wir danken den Mitgliedern der FDP Fraktion, die in der Haushaltsdebatte Verantwortung getragen haben. Die aktuelle Entscheidung des FDP-Parteivorstandes, diese Arbeit zu verlassen, ist für uns daher nicht nachvollziehbar.“

Die Kasseler Grünen setzen auf eine berechenbare Zusammenarbeit zum Wohle der Stadt Kassel. „Die Aufgaben liegen auf dem Tisch. Nun gilt es, die begonnene Arbeit fortzusetzen. Demokratie ist nicht einfach, und deshalb arbeiten wir weiter an der Mehrheitsfindung für konstruktive Veränderungen. Keine Stadtverordnete und kein Stadtverordneter darf sich kommunalpolitisch auf der Insel der Verantwortungslosigkeit Urlaub bis zur nächsten Kommunalwahl nehmen. Die Stadt Kassel braucht ein stabiles, tatkräftiges und entscheidungsfreudiges Rathaus.“ sagen Gronemann und Mijatovic.

*Nicole Maisch, MdB*

#### **16.12.2016 - Parlamentskreis Tierschutz wirbt für die Einführung einer/s Bundesbeauftragten für Tierschutz“**

Bei der dritten Sitzung des Parlamentskreises Tierschutz im Deutschen Bundestag am Mittwoch, den 14. Dezember 2016, stand die mögliche Ausgestaltung einer/s Bundesbeauftragten für Tierschutz auf der Agenda. Unter der Schirmherrschaft von Christina Jantz-Herrmann (SPD), Nicole Maisch (Bündnis 90/Die Grünen), Birgit Menz (Die Linke) und Dagmar G. Wöhl (CDU/CSU) diskutierten Abgeordnete aller Bundestagsfraktionen gemeinsam über Möglichkeiten, wie solch ein Amt den Tierschutz in Deutschland weiter stärken und voranbringen kann.

Frau Madeleine Martin, Landestierschutzbeauftragte aus Hessen sowie Frau Renate Seidel, Vizepräsidentin des Deutschen Tierschutzbundes, lieferten mit einleitenden Vorträgen Beispiele für mögliche Tätigkeitsfelder einer/s Bundesbeauftragten für Tierschutz sowie für die Notwendigkeit eines solchen Amtes und legten somit den Grundstein für eine rege Diskussion.

In der folgenden Debatte wurde vor allem über mögliche Aufgabenfelder sowie die Art der Ausgestaltung des Amtes einer/s Bundesbeauftragten für Tierschutz diskutiert. Die Schaffung einer/s Bundesbeauftragten für Tierschutz könnte mit zur notwendigen Stärkung des Tierschutzes in Deutschland beitragen.

Der Parlamentskreis Tierschutz im Deutschen Bundestag setzt sich daher ausdrücklich für die Schaffung eines Amtes einer/s Bundesbeauftragten für Tierschutz ein. Wie und in welcher Form genau dieses Amt ausgeübt werden kann und welche relevanten Aspekte bei der Ausgestaltung eines solchen Amtes auf Bundesebene zu berücksichtigen sind, gilt es nun im weiteren Prozess gemeinsam zu erarbeiten. Der Parlamentskreis Tierschutz im Deutschen Bundestag fordert daher interessierte Politikerinnen und Politiker sowie Tierschutzverbände und –vereine dazu auf, sich an diesem Prozess zu beteiligen.

Der Parlamentskreis Tierschutz dient der partei- und fraktionsübergreifenden Auseinandersetzung mit tierschutzrelevanten Themen und steht allen Mitgliedern des Deutschen Bundestages offen, egal ob sie in den entsprechenden Fachausschüssen aktiv sind, sich in Tierschutzvereinen oder ihrem Wahlkreis für Tierschutzthemen engagieren oder sich allgemein für Tierschutz interessieren.

*Karin Müller, MdL*

#### **15.12.2016 - ÖPNV Finanzierungsvereinbarung: Rekordsummen für Bus und Bahnen für klimafreundliche Verkehrswende**

Die GRÜNEN sehen in der Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und den beiden hessischen Verkehrsverbänden einen Meilenstein in der Geschichte des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). „Um die Qualität des Nahverkehrs in Hessen zu sichern und auszubauen, erhalten die drei hessischen Verkehrsverbände in den Jahren 2017 bis 2021 jährlich rund 800 Millionen Euro. Im Vergleich zur aktuellen Finanzierungsperiode ist das eine Steigerung um 24 Prozent“, unterstreicht Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag. „Die Rekordsumme ist möglich, weil der Bund, die Kommunen und erstmals wieder das Land mehr Mittel für Busse und Bahnen bereitstellen. Wir GRÜNE haben die Abschaffung der Förderung durch die schwarz-gelbe Regierung immer kritisiert. Dass wir jetzt den Wiedereinstieg des Landes in die ÖPNV-Finanzierung feiern und in Zukunft ein hessenweites Schülerticket anbieten können, ist großartig.“

„Fokus unserer Regierungsarbeit als GRÜNE ist es, den ÖPNV in Hessen als die umweltfreundliche Alternative zum Auto zu stärken. Dafür müssen wir Angebote sichern und ausbauen. Genau das schaffen wir mit den im November vorgestellten Finanzierungsvereinbarungen und mit dem Schülerticket für Hessen. Damit treiben wir die Verkehrswende voran zu einem klimafreundlicheren und nachhaltigerem öffentlichen Personennahverkehr und sichern somit unsere Mobilität“, so Müller. „Der Nahverkehr in Hessen steht vor einer besonderen Herausforderung: Auf der einen Seite muss die

Mobilität im ländlichen Raum sichergestellt werden, auf der anderen Seite kämpft der Ballungsraum mit steigenden Fahrgastzahlen und begrenzten Kapazitäten. Die neuen Finanzierungsvereinbarungen werden den unterschiedlichen Anforderungen von Land und Städten gerecht. Wir schaffen es, die Mobilität im ländlichen Raum zu erhalten und wichtige Investitionen im Ballungsraum zu tätigen.“

Das hessenweite Schülerticket solle ab dem Schuljahr 2017/18 eingeführt werden. „Mit dem Schülerticket können Schülerinnen und Schülern sowie Auszubildende für 365 Euro – ein Euro am Tag – in ganz Hessen Bus und Bahn nutzen. Pro Schuljahr stellen wir dafür 20 Millionen Euro zur Verfügung. Da kann man zu Recht sagen, wir machen Hessen mobil“, erklärt Müller. „Damit fördern wir die Unabhängigkeit vom sogenannten ‚Elterntaxi‘, da die Nutzerinnen und Nutzer den Weg zur Schule oder Ausbildungsplatz selbst gestalten können und auch in der Freizeit mit dem ÖPNV mobil sind.“